
9176/J XXIV. GP

Eingelangt am 11.07.2011

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Abgeordneten Brunner, Freundinnen und Freunde

an den Bundeskanzler

betreffend Geschäfte der mehrheitlich staatseigenen VERBUND Gesellschaft und österreichischer Atomstromimporte

Mittlerweile haben über 600 000 Österreicher und Österreicherinnen die Petition für einen weltweiten Atomausstieg unterschrieben. Die Anliegen der Petition wurden von Ihnen mehrfach unterstützt.

„Wir Politiker, die wir als Mitglieder der österreichischen Bundesregierung gegen Atomenergie und für einen Atomausstieg in ganz Europa kämpfen, die wir gegen neue und grenznahe Kernkraftwerke auftreten, brauchen [die Unterstützung der Unterschriften gegen Atomkraft]“ (Bundeskanzler Faymann in einem Interview mit den Vorarlberger Nachrichten am 12.05.2011¹).

Der Erfolg der Bundesregierung für den Atomausstieg in ganz Europa hängt entscheidend davon ab, wie glaubwürdig die österreichische Bundesregierung den heimischen Anti-Atom Konsens vertreten kann.

Die Österreichische Bundesregierung hat im Zuge ihrer Klausur im Mai 2011 angekündigt, dass Österreich *„spätestens ab 2015 unabhängig von Atomstrom sein wird“*.

Laut Stromkennzeichnungsbericht der E-Control wurde 2009 in Österreich über 8.500 GWh Strom aus unbekannter Herkunft, so genannter „grauer Strom“, an Endkunden verkauft. Fast 30% dieses Stroms stammen aus Kernkraftwerken, womit Österreich rein rechnerisch einen Atomstromanteil von etwa 6% aufweist. Der Atomstromanteil variiert je nach Energieversorgungsunternehmen (EVU) und auch innerhalb der Unternehmen. So bezieht beispielsweise eine Tochter der eigentlich für ihre Wasserkraft bekannten VERBUND AG („Verbund - Austrian Power Sales GmbH“) über vier Fünftel (82,96%) grauen Strom und verkauft somit Atomstrom in der Größenordnung eines Donaukraftwerks an Firmen- und Industriekunden in Österreich.

¹ http://www.bka.gv.at/site/cob__43557/currentpage__0/7450/default.aspx

Der VERBUND ist einer der größten Stromhändler Europas und verkauft ein Vielfaches an Wasserkraftstrom als durch eigene Kraftwerke produziert werden kann. Woher genau der zugekaufte Strom kommt, darüber werden die Öffentlichkeit und vor allem KonsumentInnen kaum informiert. Umweltschutzorganisationen vermuten, dass durch zugekaufte Wasserkraftstrom-Zertifikate Atomstrom „reingewaschen“ wird und so als sauberer Wasserkraftstrom verkauft wird. Darüber hinaus werfen Umweltschutzorganisationen dem VERBUND vor, Atomstrom zu Billigstpreisen einzukaufen, um mit Dumpingangeboten Erzeuger mit 100% Strom aus Erneuerbaren zu verdrängen. Zusätzlich werde der billig eingekaufte Atomstrom zum „Aufladen“ der Pumpspeicherkraftwerke verwendet.

Die österreichische Anti-Atom Politik auf europäischer und internationaler Ebene ist nicht glaubwürdig, solange Österreich selbst Atomstrom importiert und die mehrheitlich in Staatsbesitz stehende Verbund Gesellschaft mit Atomstromhandel Profite macht. Die Geschäftspraktiken der mehrheitlich staatseigenen Verbundgesellschaften unterminieren somit die Bemühungen aller österreichischer Atomkraftgegner sowie der Bundesregierung, für ein atomkraftfreies Europa zu kämpfen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Welche konkreten Schritte werden Sie als Bundeskanzler umsetzen, um die Glaubwürdigkeit der Österreichischen Atompolitik wiederherzustellen?
2. Die Bundesregierung kündigte nach ihrer Klausur im Mai 2011 an, Österreich „spätestens 2015 unabhängig von Atomstrom“ machen zu wollen. Welche konkreten gesetzlichen Maßnahmen plant die Bundesregierung, um dieses Ziel zu erreichen? Welche weiteren Maßnahmen sind zu diesem Zweck konkret geplant und bis wann sollen diese umgesetzt werden?
3. Aus welchem Grund wurde für dieses Ziel 2015 als Fristende gesetzt und warum wurde gegen eine frühere Zielerreichung entschieden?
4. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Österreich nicht nur bilanziell unabhängig von Atomstromimporten wird, sondern auch de-facto keinen Atomstrom importiert?
5. Wenn ja, welche konkreten gesetzlichen Maßnahmen plant die Bundesregierung, um dieses Ziel zu erreichen? Welche weiteren Maßnahmen sind zu diesem Zweck konkret geplant und bis wann sollen diese umgesetzt werden?

6. Sind Sie der Meinung, dass der VERBUND aus allen Geschäften mit Atomstrom aussteigen soll?
7. Wenn ja, was wird die Republik Österreich als Eigentümerversprecherin dazu konkret unternehmen?
8. Werden Sie sich als Bundeskanzler dafür einsetzen, dass Firmen, die mehrheitlich in österreichischem Staatsbesitz sind, weder Atomstrom kaufen noch mit Atomstrom handeln. Berücksichtigen Sie bitte bei der Beantwortung, dass Strom aus „unbekannter Herkunft“ einen Atomstromanteil von 28,89% aufweist.
9. Wenn ja, welche konkreten Schritte wird die Bundesregierung unternehmen, damit Firmen, die mehrheitlich in österreichischem Staatsbesitz sind, aus dem Atomstromhandel aussteigen?
10. Können sie ausschließen, dass Firmen, die mehrheitlich in österreichischem Staatsbesitz sind, Atomstrom beziehen?
11. Können sie ausschließen, dass öffentliche Einrichtungen im Eigentum der Republik Österreich Atomstrom beziehen?
12. Wenn nicht, werden Sie sich als Bundeskanzler dafür einsetzen, dass Firmen, die mehrheitlich in österreichischem Staatsbesitz sind, sowie öffentliche Einrichtungen im Eigentum der Republik Österreich, keinen Atomstrom beziehen? Welche konkreten Maßnahmen werden Sie hierbei setzen?
13. Die Republik Österreich hat einen Anteil von 510 Millionen Euro an der Kapitalerhöhung der VERBUND AG im November 2010 übernommen. Die Bundesregierung begründete die Kapitalerhöhung durch Steuermittel folgendermaßen: *"Beim Verbund können durch zusätzliche finanzielle Mittel geplante Investitionen rascher in Angriff und vor allem die Wasserkraft, die CO2-freie Elektrizität liefert, forciert ausgebaut werden. Die Entscheidung zur Kapitalerhöhung bei der Verbund AG ist also klima- und energiepolitisch sowie wirtschafts- und finanzpolitisch richtig. Und hier wird umgesetzt, was im Regierungsprogramm fixiert ist."* (Finanzstaatssekretär Reinhard Lopatka am 20.10.2010)
 - a. Welche Projekte und Investitionen wurden bis jetzt mit den Mitteln der Kapitalerhöhung finanziert?
 - b. Welche geplanten Projekte und Investitionen werden mit den Mitteln der Kapitalerhöhung finanziert?